

Bericht aus der öffentliche Gemeinderatssitzung im Bürgersaal des Rathauses Vörstetten, Freiburger Straße 2, Vörstetten am 16. Oktober 2017

Tagesordnung:

Vor Beginn der Sitzung begrüßt Bürgermeister Brügner die Vertreter der Presse und erwähnt hierbei insbesondere Herrn Herbert Geisler. Für Herrn Geisler wird die heutige Gemeinderatssitzung die vorerst letzte Sitzung in Vörstetten sein, an der er als Vertreter der Badischen Zeitung teilnehmen werde. Bürgermeister Brügner lobt Herrn Geisler für die Berichterstattung in den letzten zweieinhalb Jahren, welche journalistisch immer gut aufbereitet wurde. Frau Kunze von der Badischen Zeitung wird die künftige Berichterstattung über die Gemeinde übernehmen. Ebenso begrüßt Bürgermeister Brügner die Auszubildende Julia Birkle, welche derzeit die Gemeindeverwaltung unterstützt.

1. Fragemöglichkeit für Zuhörer

- a) Auf Nachfrage eines Zuhörers erläutert Bürgermeister Brügner, die Möglichkeiten sich bei der Baurechtsbehörde des Landratsamtes Emmendingen über seine Rechte zu informieren.

2. Bestätigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 25.09.2017

Eine Fertigung der Niederschrift wurde den Mitgliedern des Gemeinderates mit der Ladung zu dieser Sitzung zugestellt. Die Niederschrift wird von drei Gemeinderatsmitgliedern unterschriftlich bestätigt.

3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Bürgermeister Brügner berichtet, dass der Gemeinderat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 25.09.2017 beschlossen hatte, dass das Gewerbesteueraufkommen der Raiffeisenbank Gundelfingen eG wie seit 1971 durch mündliche Vereinbarung gehandhabt, auch zukünftig nach dem auf die einzelnen Betriebsstätten entfallenen Zins- und Provisionsergebnis zerlegt werden soll und nicht nach den anfallenden Arbeitslöhnen in den einzelnen Betriebsstätten.

4. Klimaschutzprojekt der Gemeinde Vörstetten – Vorstellung der Ergebnisse der ersten Energiewerkstatt (Drucksache 98/2017)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Brügner Frau Heckelmann von der Badenova. Anhand einer Präsentation berichtet sie über den Verlauf und die Ergebnisse der am 13. September 2017 stattgefundenen ersten Energiewerkstatt zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde Vörstetten. Insgesamt nahmen 24 Personen daran teil. In Kleingruppen wurden Themenfelder zu Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, Mobilität und Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet. Aus diesen Handlungsfeldern wurde ein Maßnahmenkatalog herausgearbeitet, welcher den Gemeinderatsmitgliedern in der Sitzung ausgeteilt wird.

Die Gemeinderäte sollen diese Ideen und Vorschläge nach ihrer Wichtigkeit priorisieren. Anhand der gesetzten Prioritäten wird dann die zweite Energiewerkstatt am 29. November 2017 vorbereitet. Auf Nachfrage eines Gemeinderatsmitglieds berichtet Bürgermeister Brügner, dass bei der Priorisierung der Maßnahmen nicht die Kosten oder die Höhe der CO² Einsparung in Betracht gezogen werden sollte, sondern die persönliche Bewertung der Maßnahmen durch die Gemeinderäte. Die Gemeinderäte und Bürgermeister Brügner loben das Engagement der an der Energiewerkstatt teilgenommenen Bürger.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der ersten Energiewerkstatt einstimmig zur Kenntnis.

Nach den Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt bedankt sich Bürgermeister Brügner bei Frau Heckelmann für Ihre bisherige Arbeit.

5. Bebauungsplan „Mehrfamilienwohnhaus im Reuteacker“ Erneuter Beschluss zur Offenlage und zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Drucksache 32/2017 Nachtrag 1)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Brügner Herrn Müller, Vorsitzender des Verbandsbauamtes und Frau Becker von der fsp-stadtplanung.

Bürgermeister Brügner erläutert den aktuellen Verfahrensstand gemäß der Beschlussvorlage. Der Gemeinderat Vörstetten hat in seiner Sitzung am 06.03.17 die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§12 BauGB) als Bebauungsplans der Innenentwicklung nach §13a BauGB beschlossen. Außerdem wurde der Entwurf des Bebauungsplanes bewilligt und die Offenlage sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange beschlossen. Im Rahmen der Offenlage gingen Einwendungen von Privaten sowie Anregungen der Träger öffentlichen Belangen ein.

Frau Becker erläutert anhand einer Präsentation die Einwendungen von öffentlichen Trägern und Bürgerinnen und Bürgern. Zusammenfassend erklärt sie, dass seitens der öffentlichen Träger insgesamt unkritische Stellungnahmen eingingen. Die Behörden begrüßen die Maßnahme der Innenentwicklung. Die Gemeinderäte haben zu den Einwendungen der öffentlichen Träger keine weiteren Rückfragen.

Im Anschluss geht Frau Becker auf die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger ein. Bemängelt wurden beispielsweise das Erscheinungsbild des Baukörpers mit Poltdach, die Anzahl der Wohneinheiten sowie der befürchtete Baulärm während der Bauphase. Bürgermeister Brügner berichtet über die Änderungen der Planungen aufgrund der eingegangenen Einwendungen. Aufgrund der wesentlichen Änderungen der Planung werde für den Bebauungsplan eine zweite Offenlage durchgeführt und der Bebauungsplan zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt. Herr Müller ergänzt, dass die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger in die neuen Planungen miteingearbeitet wurden und nun ein Geschosswohnungsbau entstehen könne, welcher sich in die Umgebung einfüge. Zudem könne im Rahmen des Bebauungsplanes die Möglichkeit eröffnet werden, im Erdgeschoss gegebenenfalls eine Kindertagesbetreuungseinrichtung betreiben zu können.

Die Änderungen der Planungen umfassen u.a. die Verringerung der geplanten Wohneinheiten von 12 auf maximal 10 Wohneinheiten (inklusive 2 Wohneinheiten, welche als Kita genutzt werden könne). Frau Becker berichtet, dass statt der drei geplanten Wohngebäude mit zwei dazwischenliegenden verbundenen Treppenhäusern

nun zwei getrennte Baukörper geplant seine, wodurch ein harmonischeres Einfügen in das Ortsbild erreicht werden könne. Ein Gemeinderatsmitglied merkt an, dass die Einwendungen gegen das Erscheinungsbild bei einer Bebauung mit beispielsweise Doppelhaushälften nicht so deutlich aufgetreten wären.

Bürgermeister Brüchner berichtet über die Einwendung, welche sich gegen die Ausweisung des Fuß-/Radwegs zwischen der Denzlinger Straße und dem Spielplatz richte. Der Weg soll der Öffentlichkeit zugänglich sein. Einige Gemeinderäte sehen darin eine Gefahrensituation für die Kinder, welche von dem dortigen Spielplatz aus leicht auf die vielbefahrene Denzlinger Straße gelangen können. Bürgermeister Brüchner schlägt vor, dass der Gemeinderat zu gegebener Zeit darüber beraten könne, durch welche Maßnahmen der Weg ab besten abgesichert werden könne. Denkbar wäre durch ein Tor, welches den Eingang zum Spielplatz öffne oder ein Umlaufgitter, welches den Zugang zur Denzlinger Straße erschwere.

Auf Nachfrage zweier Gemeinderäte berichtet Herr Müller, dass sich die Immissionswerte in diesem Gebiet auch nach einer möglichen Fertigstellung des Projektes weiterhin nach den Immissionsgrenzen eines Mischgebietes richten. Ein Gemeinderatsmitglied sieht mit dem Bebauungsplan ein Projekt zur Nachverdichtung. Dies sei aus seiner Sicht der Inanspruchnahme neuer Flächen zu bevorzugen. Ein Gemeinderatsmitglied möchte verdeutlichen, dass sich der Gemeinderat für eine solche Bebauung ausspreche, um da den Bedarf der Vörsstetter Einwohner/Innen an Wohnraum und Barrierefreiheit entgegenzukommen.

Seitens der Gemeinderäte bestehen keine weiteren Fragen mehr zu den Planungen und der Einwendungen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Entwurf des Bebauungsplans „Mehrfamilienwohnhaus im Reuteacker“ sowie die gemeinsam mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 16.10.2017 zu billigen und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
2. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Bürgermeister Brüchner verabschiedet Frau Becker und bedankt sich bei ihr für ihre bisherige Arbeit.

6. Allgemeine Finanzprüfung der Gemeinde Vörsstetten 2009 bis 2015: Prüfungsbericht der Kommunalaufsicht (Drucksache 97/2017)

Bürgermeister Brüchner berichtet, dass im Zeitraum vom 24.04.2016 bis 02.02.2017 die Prüfung der Haushaltsjahre 2009 bis 2015 durch die Kommunalaufsicht des Landratsamtes Emmendingen mit Unterbrechungen durchgeführt wurde. Prüfbemerkungen, die eine Antwort oder einer Vollzugsanzeige bedürfen, werden mit „A“ gekennzeichnet und müssen vom Gemeinderat beantwortet bzw. entschieden werden. In den Jahren 2009 bis 2015 gibt es keine solche Bemerkung, was die Rechtmäßigkeit der Verwaltungstätigkeit bestätigt. Im Prüfungszeitraum hat sich das Anlagevermögen von 12.981.193 € auf 18.707.201 € erhöht. Positiv wird angemerkt, dass im zeitlichen Zusammenhang zu den Grundstücksanschlüssen auch zeitnah entsprechende Beitragsbescheide für die Abwasserversorgung, Wasserversorgung und Erschließung erstellt werden. Ebenso wird festgestellt, dass die Verschuldung der Gemeinde Vörsstetten innerhalb des Prüfungszeitraums zum Teil deutlich unter dem statistischen Ver-

gleichswerten liegt. Insgesamt wird abschließend festgestellt, dass sich bei der überörtlichen Prüfung keine wesentlichen materiellen Beanstandungen mit finanziellen Auswirkungen ergeben haben. Soweit Zuschüsse und Beihilfen gewährt wurden, sind diese ordnungsgemäß verwendet worden. Bei Bedarf können Gemeinderäte den Prüfungsbericht einsehen. Die Gemeinderäte nehmen die Erläuterungen zustimmend zur Kenntnis und loben die Verwaltung für Ihre rechtmäßige Arbeit.

7. Optimierung des Wohnungsbestandes im gemeindeeigenen Wohnhaus Marchstraße 4, Dachgeschoss (Drucksache 104/2017)

Bürgermeister Brügger berichtet über die aktuelle Situation in dem gemeindeeigenen Gebäude der Marchstraße 4a. Im Dachgeschoss befindet sich eine 8 – Zimmer - Wohnung mit zwei separaten Zugängen, einem Bad und einer Küche. Diese Wohnung wird derzeit von zwei Familien bewohnt. Zeitweise waren auch drei Familien darin untergebracht. Diese müssen sich eine Küche und ein Bad teilen.

Es besteht die Möglichkeit, durch eine Neuaufteilung und den Einbau einer Küche und eines weiteren Bades die Wohnungen zu trennen. Dadurch entsteht ein besserer Wohnungszuschnitt und die Wohnsituation wird insgesamt deutlich verbessert, da zwei vollständige, eigenständige Wohnungen mit jeweils eigenem Zugang entstehen. Bürgermeister Brügger erläutert die Pläne und die Kostenaufstellung. Die Verwaltung wird versuchen, diese Maßnahme im Rahmen der Ortskernsanierung als Maßnahme zur Beseitigung von Wohnraummangel bezuschussen zu lassen. Die Gemeinderäte begrüßen den Vorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, im Dachgeschoss des Gebäudes Marchstraße 4 ein zusätzliches Bad und eine zusätzliche Küche einzubauen und die 8 - Zimmer Wohnung in eine 2 ½ - Zimmer - Wohnung und in eine 5 - Zimmer - Wohnung umzubauen. Die entstehenden Kosten von ca. 45.000 € können aus dem in 2017 zur Verfügung stehenden Budget bestritten werden, beziehungsweise werden im Haushalt 2018 berücksichtigt.

8. Verschiedenes, Fragen und Anregungen

- a) Frau Burger berichtet über die anstehende Bürgermeisterwahl am 22.10.2017. Die Wahllokale werden durchgängig von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet sein. Das Wahllokal für den Wahlbezirk 01 befindet sich im Bürgersaal und das Wahllokal für den Wahlbezirk 02 befindet sich in der Gemeindebücherei im Rathaus. Auf der Wahlbenachrichtigung, welche die Wahlberechtigten zur Wahl mitbringen sollten, ist der Wahlbezirk vermerkt. Die Auszählung der Stimmen beginnt um 18:00 Uhr. Im Anschluss an die Auszählung tagt der Gemeindevwahlausschuss in einer öffentlichen Sitzung. Er ermittelt das Ergebnis der Wahl und legt dieses fest. Das Ergebnis wird danach (ca. 19:00 Uhr) öffentlich bekanntgegeben. Die Bekanntgabe findet auf der Rathautreppe vor dem Rathaus, Freiburger Straße 2, statt. Der Musikverein Harmonie und der Gesangsverein Chorios werden den Abend musikalisch begleiten. Die Freiwillige Feuerwehr wird im Anschluss an die Bekanntgabe die Bewirtung auf dem Dorfplatz übernehmen.

9. Fragemöglichkeit für Zuhörer

- a) Ein Zuhörer weist auf die grobe Schotterung des Weges rund um das Baugelände Reutacker hin.
- b) Auf Nachfrage eines Zuhörers erläutert Bürgermeister Brügner, dass der Gemeinderat zu gegebener Zeit über den möglichen Erlass einer Vergnügungssteuer beraten werde
- c) Auf Nachfrage eines Zuhörers berichtet Bürgermeister Brügner, dass die Gemeinde im Jahr 2014 ein Baulückenkataster erstellt habe, welches im Hinblick auf eine mögliche Nachverdichtung wieder aktualisiert werden sollte.